Eine Maßschneiderin erhält im ersten Lehrjahr nur 275 Euro pro Monat – in Teilzeit sind es noch weniger. Sittenwidrig ist das nicht.

Sittenwidrig? Bei Teilzeit-Azubis wird die Vergütung gekürzt

Laut Bundesinstitut für Berufsbildung erhielten Auszubildende 2015 im Schnitt eine tarifliche Ausbildungsvergütung in Höhe von 826 Euro pro Monat. Allerdings gibt es bei den Ausbildungsberufen große Unterschiede. So erhält zum Beispiel ein/e Maßschneider/in nur 275 Euro im ersten Lehrjahr und ein/e Bäcker/in lediglich 430 Euro. „Wird ein Ausbildungsgehalt in diesem Vergütungsbereich im Rahmen einer Teilzeitausbildung noch anteilig gekürzt, stellt sich die Frage nach einer Sittenwidrigkeit der Ausbildungsvergütung“, erklärt **Kerstin Celina** (Grüne). Sie wollte wissen, ob das Staatsregierung das genauso sieht.

Das Arbeitsministerium schreibt, eine Sittenwidrigkeit in Bezug auf die Höhe einer Ausbildungsvergütung sei „kaum vorstellbar“. „Ein Berufsausbildungsverhältnis ist im Gegensatz zu einem Beschäftigungsverhältnis nicht vorrangig auf die Erzielung von Arbeitseinkommen ausgerichtet und daher nicht geeignet, unmittelbar den Lebensunterhalt während der Ausbildungszeit zu sichern“, heißt es in der Antwort. Daher unterliege die Ausbildungsvergütung auch nicht dem Mindestlohn.

Auszubildende haben lediglich Anspruch auf eine „angemessene Ausbildungsvergütung“. Dahinter verbirgt sich laut dem Ressort von Arbeitsministerin Emilia Müller (CSU) allerdings keine konkrete Summe. Die Vergütung dürfe nur nicht um mehr als 20 Prozent unter dem einschlägigen Tarifvertrag oder den entsprechenden Empfehlungen liegen. „Eine anteilige Kürzung der Ausbildungsvergütung entsprechend der verkürzten wöchentlichen Ausbildungszeit ist vom Gesetzgeber nicht ausgeschlossen.“

Das Ministerium setze sich aber dafür ein, bei der nächsten Änderung des Berufsbildungsgesetzes eine Regelung zur vollen Ausbildungsvergütung für Teilzeitauszubildende mit aufzunehmen.Trotz einer Anweisung des Bundesinnenministers an die Bundesbehörden, bei Teilzeitausbildung die volle Ausbildungsvergütung zu bezahlen, ist eine solche Regelung auf bayerischer Ebene „nicht beabsichtigt“. Voraussetzung im Innenministerium ist, dass es eine Mindestausbildungszeit von 25 Stunden pro Woche und ein „berechtigtes Interesse an einer Teilzeitausbildung“ gibt, also die Betreuung des eigenen Kindes oder eines pflegebedürftigen Angehörigen.

„Hohes Engagement kann ich nicht erkennen“, sagt die Grünen-Abgeordnete Celina der *Staatszeitung*. Die Staatsregierung bilde nur eine einzige Teilzeitauszubildende aus – und ihr werde auch noch das Gehalt gekürzt. „Als ob es nicht mehr junge Mütter und Väter gäbe, für die eine Teilzeitausbildung der beste und einzige Weg in eine solide berufliche Zukunft wäre“, klagt sie. Da wären Bundesinnenministerium und die bayerische Wirtschaft bereits weiter.

TEXT LOH/FOTO DPA

NACHGEHAKT | Abgeordnete fragen, Ministerien antworten

Kampfhunde, Haftbefehle, Cannabis an Schulen

Mehr Kampfhunde, mehr Beißattacken

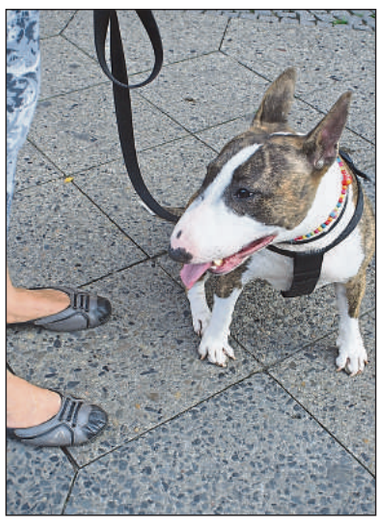
Immer wieder greifen in Deutschland Hunde Menschen an – im Frühjahr wurde eine 72-Jährige von einem Kampfhund totgebissen. Kampfhunde „sind Hunde, bei denen aufgrund rassespezifischer Merkmale, Zucht oder Ausbildung von einer gesteigerten Aggressivität und Gefährlichkeit gegenüber Menschen oder Tieren auszugehen ist“, heißt es im bayerischen Landesstraf- und Verordnungsgesetz. Auch im Freistaat wurde im Juli in Niederbayern eine schwimmende Achtjährige von einem Vierbeiner angegriffen. Das Mädchen wurde zum Glück nur leicht verletzt. **Gabi Schmidt** (Freie Wähler) fragte jetzt bei der Staatsregierung nach, wie viele Kampfhunde es in Bayern gibt.

Das Innenministerium antwortet, die Anzahl der Kampfhunde der Kategorie 1 sei in den letzten Jahren rückläufig und auf 38 Tiere im letzten Jahr gesunken. Für die Hunderassen in dieser Kategorie ist die Vermutung der Kampfhundeeigenschaft unwiderleglich, weshalb ein „berechtigtes Interesse“ an der Haltung nachgewiesen werden muss. In der Kategorie 2 hingegen, wo die Ungefährlichkeit

2016 wurden in Bayern 610 Menschen von Hunden angegriffen, erfuhr Gabi Schmidt (Freie Wähler). FOTO BSZ

durch ein sogenanntes Negativzeugnis nachgewiesen werden kann, ist die Zahl von 4954 im Jahr 2011 auf 5240 im vergangenen Jahr gestiegen.

Auch die Zahl der Beißvorfälle zwischen Hund und Tier ist seit 2011 um 200 auf 600, die Zahl der Beißvorfälle zwischen Mensch und Hund im selben Zeitraum um 140 auf 610 Vorfälle gestiegen. In 38 beziehungsweise 39 Fällen davon war ein Kampfhund der Kategorie 1 oder 2 an dem Konflikt beteiligt. Elf Hunde mussten 2016 wegen ihrer Aggressivität eingeschläfert werden. Sanktionen für Hundehalter gab es laut Ressort von Innenminister Joachim Herrmann



Die will nur spielen: ein weiblicher Bullterrier. FOTO DPA

(CSU) dennoch kaum. 2016 mussten 35 Hundehalter ihren Hund im Tierheim abgeben, in 231 Fällen wurde eine Maulkorbpflicht ausgesprochen und in 622 ein Leinenzwang auferlegt.

Jugendliche: Weniger Alkohol, mehr Cannabis

Die Häufigkeit von Drogendelikten an Schulen hat in Deutschland in den letzten Jahren deutlich zugenommen. „Aus Bayern liegen dazu allerdings keine Zahlen vor“, schreiben **Kathrin Sonnenholzner**, **Ruth Müller**, **Kathi Petersen** und **Ruth Waldmann** (alle SPD) in ihrer Anfrage. Die Abgeordneten wollten daher von der Staatsregierung wissen, wie sich die an Schulen begangenen Straftaten zum Bereich Rauschgiftkriminalität entwickelt haben.

Laut Kultusministerium haben sich die Delikte an Bildungseinrichtungen seit 2012 auf zuletzt 464 nahezu verdoppelt. Eine Erhebung unter bayerischen Schülern habe ergeben, dass der Tabak- und Alkoholkonsum innerhalb von vier Jahren um jeweils acht Prozent gesunken ist. „Der Anteil der Jugendlichen, die in den letzten zwölf Monaten Cannabis konsumiert haben, ist aber um vier Prozentpunkte angestiegen“, heißt es in der Antwort des Ministeriums. Auch der Konsum verschreibungspflichtiger Medikamente habe zugenommen.

Von den 212 verhafteten Tatverdächtigen im Zusammenhang mit Rauschgift im Jahr 2016 waren 184 männlich und die meisten im Alter zwischen 14 und 18 Jahren, 24 waren unter 14 Jahren. 33 davon gingen auf eine Berufs- oder Fachschule, 44 aufs Gymnasium und 66 auf die Mittel- oder Realschule. „Die Zigarettennutzung nimmt von der Mittelschule (39 Prozent) über die Realschule (27 Prozent) zum Gymnasium (18 Prozent) ab“, schreibt das Ressort von Minister Ludwig Spaenle. Beim Alkohol gebe es keine Unterschiede zwischen den Schularten, beim Cannabis aber lagen Mittelschüler (15 Prozent) vor Realschülern und Gymnasiasten (jeweils 9).

Dritter Nationalpark: Muss Wild abgeschossen werden?

Peter Winter (CSU) macht sich Gedanken über den geplanten dritten Nationalpark in Bayern – insbesondere über die Bejagung und das Wildtiermanagement. Er wollte daher wissen, wie genau die Bejagung der jeweiligen jagdbaren Wildarten in den bereits bestehenden Nationalparks stattfindet. Und: „Reichen diese Bejagungsformen für eine effektive Bestandsregulierung aus?“

Reicht die Bejagung in den Nationalparks für eine effektive Regulierung aus?, fragte Peter Winter (CSU). BSZ

Das Umweltministerium schreibt in seiner Antwort, dass im Nationalpark Bayerischer Wald die Wildarten Rot- und Schwarzwild „reguliert“, also abgeschossen werden. Aber: „Die Regulierung von Rehwild wurde 2007 im Landkreis Freyung-Grafenau und 2012 im Landkreis Regen im jeweiligen Nationalparkgebiet eingestellt.“ Im Nationalpark Berchtesgaden komme hingegen beim Reh-, Rot- und Gamswild Einzeljagd, Sammelansitz und Drückjagd zum Einsatz – immerhin ohne freilaufende Hunde. Das reicht laut Ministerin Ulrike Scharf (CSU) zur Bestandsregulierung aus.

Rotwild und dessen Lebensräume müssen „gemanagt“ werden. DPA

Auf der Fläche des geplanten Schutzgebietes im Spessart wurden in den letzten Jahren laut Umweltministerium pro 100 Hektar „1000 Stücke Schalenwild oder rund neun Stücke Reh-, Rot- und Schwarzwild zur Strecke gebracht“. Ziel sei es, Wildtiere und ihre Lebensräume zu „managen“. „Weitere Kriterien sind die Bekämpfung von Tierseuchen und der Schutz der umgebenden Kulturlandschaft vor zu hohen Wildbeständen.“ Über die Ansiedlung von Wölfen werde im geplanten Nationalpark nicht nachgedacht.

Angebote für Menschen mit Ehrenamt

Hans Jürgen Fahn (Freie Wähler) interessierte sich für Fortbildungen für ehrenamtlich tätige Bürger. „Welche Möglichkeiten für ehrenamtlich Tätige bietet der Freistaat neben den Angeboten des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement an“, fragte er.

Nach Angaben des Sozialministeriums wurden 2016 von der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen und -zentren/Koordinierungszentren Bürgerschaftliches Engagement neun Fortbildungen, 31 Qualifizierungsmaßnahmen und sieben Weiterbildungsmöglichkeiten für ehrenamtliche Deutschlehrer für Flüchtlinge angeboten. Hinzu kommen laut Ressort von Sozialministerin Emilia Müller (CSU) 18 Austauschtreffen für ehrenamtliche Deutschlehrer, Asylsozialarbeiter und Politiker, Fachtage zum Thema Ehrenamt und Asyl beziehungsweise Hochschulweiterbildung sowie alle zwei Jahre der bayerische Ehrenamtskongress.

Des Weiteren sind dem Ministerium zufolge Zuschüsse für die Fortbildungen von Ehrenamtlichen an Wohlfahrtsverbände, Behindertenverbände und -organisationen geflossen. Im Kontingentjahr 2015/2016 seien darüber hinaus über den Bayerischen Jugendring und andere freie Träger der Jugendarbeit 2029 Maßnahmen aus dem Kinder- und Jugendbereich mit 38 500 Teilnehmern unterstützt worden.

Rechtsextreme und Salafisten untergetaucht

In Bayern sind viele Straftäter auf freiem Fuß, obwohl Haftbefehle gegen sie vorliegen. Das liegt daran, dass sie im Ausland sind, trotz bekanntem Aufenthaltsort nicht festgenommen werden können oder schlichtweg untergetaucht sind. Wie viele es genau sind und welchem Milieu sie zuzurechnen sind, wollte jetzt **Florian Ritter** (SPD) wissen.

Laut Innenministerium betreffen 65 Einträge Rechtsextreme, ein Mörder sitzt seine Freiheitsstrafe in der Slowakei ab und ist diesem Sinne nicht flüchtig. Einige entziehen sich aber schon mehrere Jahre dem Zugriff der Behör-

Rechtsextreme tauchen oft unter. Für Florian Ritter (SPD) zeigt das die „Verachtung unseres Rechtssystems“. BSZ

den. Bei 26 Einträgen ging es um islamistisch motivierte Täter. Hier sind auch einige Personen aufgelistet, die sich zur Unterstützung des IS in den Irak oder nach Syrien aufgemacht haben. Auch ein Totschlag befindet sich unter den Vorwürfen. Im Bereich „Rocker“ ist ein gesuchter Mörder verzeich-

Trotz Haftbefehl nicht in Haft: 65 bayerische Rechtsextreme. DPA

net. Weniger ins Gewicht fallen die Bereiche „Ausländerextremismus“ mit sieben Einträgen sowie wie der Bereich „Linksextremismus“ mit ebenfalls sieben flüchtigen Tätern. Die Anzahl der per Haftbefehl gesuchten „Reichsbürger“ konnte die Staatsregierung trotz einer Beantwortungszeit von dreieinhalb Monaten nicht nennen.

55 Prozent aller offenen Haftbefehle betreffen die extreme Rechte. „Für mich spricht daraus eine besondere Verachtung unseres Rechtssystems“, kommentiert Ritter die Zahlen. Schließlich seien unter den Gesuchten einige, denen gefährliche Körperverletzung zur Last gelegt werde. „Und auch bei den anderen, die teilweise wegen geringfügiger Strafen abgängig sind, besteht Gefahr der Radikalisierung.“ > **DAVID LOHMANN**

Die Rauschgiftkriminalität an Schulen hat sich seit 2012 auf zuletzt 464 Delikte nahezu verdoppelt. FOTO DPA